

Presseerklärung

Zur Beendigung des Überwachungsverfahrens des Europarates für die Türkei

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 22.06.2004 nach einer Debatte über den Bericht der Berichterstatterin Frau Mady Delvaux-Stehres das vom Europarat 1996 eingeleitete Überwachungsverfahren (Monitoring) in der Türkei beendet.

Die Parlamentarische Versammlung „begrüßt dabei die demokratischen Fortschritte der jetzigen türkischen Regierung, insbesondere die Abschaffung der Todesstrafe, der Staatssicherheitsgerichte und den verringerten Einfluss des Militärs hervor. Sie lobt weiterhin die Stärkung der Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Einführung von kurdisch-sprachigen Radio- und Fernsehsendungen in der Türkei.“

Sie kritisiert gleichzeitig, dass in der Türkei weiterhin Folter gibt, dass es noch Mängel an Gleichberechtigung von Frauen und Minderheiten gäbe.

Die Behauptung „der Einfluß der Militärs hätte sich verringert“ entspricht nicht der Realität. Das Bestehen der militärischen Organisation EMASYA und die Erklärungen der türkischen Generäle in den letzten Wochen machen weiterhin ihren Einfluß auf die Politik der Türkei deutlich.

Die Berichterstatterin Frau Delvaux- sollte beim Verfassen Ihres Türkei-Berichtes stärkeres Augenmerk auf die Berichte von Amnesty International, der Menschenrechtsstiftung (TIHV) und des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD) richten.

Auch die heutige Regierung in Ankara hat keine Absicht sich von der 80-jährigen staatlichen Kurden- und Minderheitenpolitik zu verabschieden und wirksame Schritte zur Lösung des Kurdenkonfliktes zu unternehmen. Ihre Politik basiert weiterhin auf Assimilierung von ca. 20 Millionen Kurden und der religiösen sowie ethnischen Minderheiten in der Türkei. Die Drohungen vom Ministerpräsidenten Erdovan und des Justizministers Cicek in den letzten Tagen machen diese bisher betriebene Politik deutlich. Beide drohen insbesondere den kurdischen Politikerinnen und Politikern, die eine offizielle Anerkennung der kurdischen Identität fordern mit Gewaltanwendung (Devletin Sopasi).

Auch die KommentatorInnen der meisten türkischen Medien stellen sich hinter der bisherigen Regierungspolitik und verlangen von KurdInnen zu schweigen und fordern ihre Assimilierung.

Die bisher eingeführten muttersprachlichen Sendungen lediglich im staatlichen Radio- und Fernsehanstalt TRT ist ein Hohn gegenüber ein viertel der Bevölkerung der Türkei. Dass diese Sendungen die kurdische Bevölkerung nicht im geringsten Masse befriedigen, mussten nach Beginn der Sendung in TRT auch die türkischen Medien zugeben.

Genauso ist mit den kurdischsprachigen Kursen. Bisher sind unter größten bürokratischen Schwierigkeiten in drei Orten ein Kurdischsprachiger Kurs genehmigt worden. Kurdische Kinder und Jugendliche haben keine Chance diese Kurse zu besuchen, weil diese Kurse während der Schulzeit und an den Wochenenden durchgeführt werden müssen.

Auch die heutige Regierung versucht die internationalen Institutionen hinters Licht zu führen.

Wenn die Parlamentarische Versammlung des Europarates von den Fortschritten in der Türkei überzeugt ist und deswegen das Überwachungsverfahren beendet, warum fordert sie von der Türkei nicht die Unterzeichnung bzw. Ratifizierung von internationalen Konventionen wie die **Konvention zum Schutz des Kindes** und die **Konvention zum Schutz der Minderheiten**?

Die Türkei weigert sich bisher beharrlich die beiden Konventionen zu ratifizieren, weil sie nicht bereit ist, die Identität der kurdischen Nation in der Türkei offiziell anzuerkennen und damit ihnen ihre kollektiven Rechte zuzugestehen.

Die Türkei ist weiterhin nicht bereit die Religionsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürgern einzuführen.

Daher protestieren wir den Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates das Überwachungsverfahren aufzuheben.

Wir fordern vom Europarat und anderen europäischen Institutionen auf die Türkei einzuwirken, wirksame Schritte zur Lösung des Kurdenkonfliktes und der Minderheitenproblematik einzuleiten.

Bonn, 25. Juni 2004

gez.
Abubekir Saydam
(Geschäftsführer des IMK e.V.)

Kontaktadresse:

IMK e.V. - Internationales Zentrum für die Menschenrechte der Kurden
Postfach 200738, D - 53137 Bonn
Tel.: +49 / (0) 228-36 28 02
Fax: +49 / (0) 228-36 32 97
E-Mail: imkkurds@aol.com
WEB: www.kurden.de